Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 13. Juni 1931

Ihr. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Reichstag - und was dann?

von Paul Löbe.

SPD. Die Entscheidung über die Einberufung des Reichstags ist nahe herangerückt. Nach den Ereignissen der letzten Tage hängt es nicht von den Beschlüssen der Sozialdemokratischen Fraktion allein ab, ob diese Einberufung erfolgt. Es ist inzwischen bekannt geworden, dass Parteien der Mitte diese Einberufung wünschen, weil ihnen die Notverordnung gegenüber den breiten Massen noch nicht weit genug geht. Die Volkspartei hofft zu erreichen, dass die Lasten noch einseitiger zu Ungunsten der Besitzlosen verteilt werden, die Wirtschaftspartei wünscht stärkere Berücksichtigung des Mittelstandes, das Landvolk wünscht noch höhere Zollmauern, andere verlangen raschere Massnahmen zur Einleitung neuer Reparationsverhandlungen.

Wenn die Einberufung des Parlaments wirklich erfolgen sollte, dann muss sich die Arbeiterschaft von vornherein klar sein, mit welchen Erwartungen sie dessen Entscheidungen entgegensehen kann. Zweifellos wird der Reichstag eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung aufweisen - aber wie eine Mehrheit für einen Ersatz zusammengefügt werden soll, ist nicht erkennbar. Die eineinhalb Milliarden Defizite müssen aber gedeckt werden, wenn das Reich und die Länder ihre Verpflichtungen erfüllen und nicht viel stärkere Ausfälle bei zukünftigen Zahlungen eintreten sollen. Es gibt Leute, die an die "sozialistische" Einstellung der Nationalsozialisten glauben und sich eine Deckungsvorlage von den drei sozial eingestellten Parteien vorstellen können. Diese Hoffnungen dürften nach den ersten Versuchen scheitern. Aber auch, wenn wir annehmen, dass sie gelingen könnten, fehlt bei der jetzigen Machtverteilung eine parlamentarische Regierung, um diese Gesetze durchzuführen. Sowohl die Nationalsozialisten wie Kommunisten erklären, dass sie sich an einer solchen parlamentarischen Regierung - obendrein mit den Sozialdemokraten - nicht beteiligen, sondern das Parlament und sein System abschaffen würden. Der Erlass und die Durchführung einer neuen Notverordnung oder das Gleiche bezweckender Gesetze ist also schwer durchführbar.

In Befürchtung dieser Zusammenhänge wird also die Regierung Brüning vor der Aufhebung der Notverordnung zurücktreten oder den Reichstag auflösen. Ob die Auflösung des Reichstags im gegenwärtigen Moment eine Behebung der parteipolitischen Schwierigkeiten bringt, ist nicht wahrscheinlich, dass aber in der Frist bis zum Zusammentritt des nächsten Reichstags die finanziellen Schwierigkeiten nicht behoben werden können, ist sicher. Welcher Weg also auch gewählt wird, in der Zwischenzeit wird eine andere Regierung in irgend einer Form die Deckung des Defizits versuchen müssen und diese Regierung wird eine sein, die sich von der Sozialdemokratie viel stärker distanziert als es die Regierung Brüning bisher getan hat.

Die Massnahmen dieser Regierung dürften kaum arbeiterfreundlicher ausfallen als die gegenwärtige Notverordnung. Auf diesen Umstand müssen wir alle unsere Anhänger immer wieder hinweisen, in welchem Lager sie auch stehen. Die Unmöglichkeit, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, kann die Bildung einer ausserparla-

mentarischen Regierung zur Folge haben und unseren Kampf in das Land statt ins Parlament verlegen. Wir werden ihn auch dort zu führen wissen, aber jeder Sozialdemokrat muss sich darüber klar sein, dass dieser Kampf dann geführt wird gegen eine geschlossene Front des Bürgertums und seine Gefolgschaft aus allen Lagern, dass dieser Kampf geführt werden muss bei einer noch weiteren Verschlechterung seiner Lebenslage und der Gefährdung seiner politischen Rechte.

Es wäre eine Illusion, die zu schweren Enttäuschungen führen müsste, wenn sich der Glaube festsetzt, die Sozialdemokraten seien in diesem Reichstag stark genug, den Anschlag auf die Lebenshaltung der breiten Massen abzuwehren. Das haben die Wahlen des 14. September vereitelt, die uns auf ein Viertel des neugewählten Parlaments herabdrückten. Dieses Viertel wird den Kampf führen, aber kann keine Mehrheit bilden. Die Hoffnung auf die Nationalsozialisten sind eitel. Sie haben, wie jedermann weiss, ihre erste und höchste Parole: "Nieder mit dem Young-Plan" durch Stimmenthaltung zu Fall gebracht. Sie werden erst recht ihre sozialen Parolen verleugnen, aber ihren erreichten Einfluss benutzen, um die politischen Rechte zu beseitigen, was sie offen bekennen, um den Einfluss der Massen auf die Gesetzgebung endgültig zu brechen.

"Aussprechen was ist", war seit Lassalle der erste Grundsatz im Kampf der deutschen Arbeiterklasse. Wir dürfen unsere Anhänger nicht im Unklaren lassen, dass bei der Wirtschaftskrise und Finanzlage des Reiches unter allen Umständen zunächst Lasten auf sie gewälzt werden, dass gerade eine Aenderung unserer bisherigen Taktik das nicht verhindern kann, nicht grössere Gerechtigkeit, sondern grössere Ungerechtigkeit zur Folge haben muss. Das ergibt sich, weil die Gegner im Parlament und leider auch im Lande in der Mehrheit sind, weil die finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus der Krise ergeben, niemanden die Möglichkeit einer sofortigen Erleichterung schaffen. Erfolge, Fortschritte sind nur möglich nach neuen schwereren Kämpfen. Für diese Kämpfe unter härteren politischen und sozialen Vorbedingungen zu rüsten, ist in dieser Stunde Pflicht unserer Organisation.

SPD. Der Reichskanzler führte am Sonnabend nach seiner Rückkehr von Neudeck zunächst eine Besprechung mit dem Zentrumsführer Kaas. Er empfing dann in Gegenwart des Reichsarbeitsministers und des Abgeordneten Kaas die Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Anschliessend weilten der Preussische Ministerpräsident, der Reichsbankpräsident, Vertreter der Staatspartei und der Volkskonservativen bei Dr. Brüning.

Die Besprechungen haben einen Ausweg aus der schwierigen Situation bisher nicht ergeben. Im Verlauf der Besprechungen mit den Vertretern der Sozialdemokratie wurde zwecks Ueberprüfung der Notverordnung u.a. auch die Möglichkeit einer Einberufung des Haushaltsausschusses diskutiert. Eine entscheidende Stellungnahme darüber wurde jedoch nicht herbeigeführt. Nach 1½ stündiger Diskussion kam man schliesslich überein, zunächst die Tagung des Parteivorstandes des Zentrums und der Zentrumsfraktion des Reichstags in Hildesheim abzuwarten und die Besprechungen am Montag nachmittag um 6 Uhr fortzusetzen. Ob die Lage bis dahin eine gewisse Klärung im Sinne einer Verständigung zwischen der Reichsregierung und der Sozialdemokratie erfahren wird, ist sehr zweifelhaft.

Am Sonnabend nachmittag hat sich der Reichskanzler nach Hildesheim begeben. Auf dem Potsdamer Bahnhof wurde er von dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Herrn Dingeldey, in Empfang genommen. Dingeldey hatte den Reichskanzler vorher um eine Unterredung gebeten, die jedoch nicht stattfinden konnte, weil der Reichskanzler bis zum Abgang des Zuges nach Hildesheim eine Besprechung nach der anderen hatte. Dingeldey nahm deshalb Gelegenheit, dem Reichskanzler auf der Fahrt nach Hildesheim seine Wünsche vorzutragen.

SPD. Essen, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend hat die Polizei in den Essener Geschäftsräumen des "Kampfbundes gegen den Faschismus" und in dem Parteihause der KPD eine Haussuchung vorgenommen, die zur Beschlagnahme von umfangreichem Material führte. Ausserdem wurden unter dem Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat der Führer des Kampfbundes, der Stadtverordnete Schwenk, und 12 Personen aus Essen verhaftet, die gerade an einem Lehrgang über "Strategie und Taktik" teilnahmen.

In Duisburg fand zu gleicher Zeit eine Parallel-Aktion statt. In einer Wirtschaft in Duisburg-Laar wurden 13 Personen verhaftet. Sie werden sämtlich dem Richter vorgeführt werden.

SPD. Innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung herrscht über die neue Notverordnung äusserste Erregung. Trotzdem haben sich die christlichen Gewerkschaften bisher um die Aenderung der Notverordnung keineswegs mit solcher Energie bemüht, wie es die Sozialdemokratie seit Tagen tut. Erbitterung herrscht innerhalb der christlichen Gewerkschaften vor allem auch darüber, dass die Renten der Kriegsbeschädigten durch die Notverordnung ebenfalls gekürzt, aber die hohen Pensionen nicht um einen Pfennig herabgesetzt werden. In Anbetracht dieser Erbitterung hat der Reichsarbeitsminister die Gründe für diesen unhaltbaren Zustand in einem für die Oeffentlichkeit bestimmten Brief an den Generalsekretär der Zentrumspartei Dr. Vockel auseinandergesetzt. Darin heisst es:

"Gegenwärtig liegt dem Reichstag ein Pensionskürzungsgesetz vor, dessen Verabschiedung aber noch ungewiss ist, weil dafür eine Zweidrittelmehrheit benötigt wird. Ich habe daher sowohl durch das Reichsarbeitsministerium, das Reichsfinanzministerium als auch das Reichsjustizministerium und weiterhin durch einige erste Berliner Rechtsanwälte prüfen lassen, ob nicht unterdessen eine Sondersteuer für hohes arbeitsloses Einkommen aus öffentlichen Mitteln eingeführt werden könne. Alle diese Stellen sind indessen übereinstimmig zu der Auffassung gekommen, dass ein solches Sondergesetz vom Reichsgericht als gegen die Reichsverfassung verstossend für rechtsungültig erklärt werden würde. Bei solcher Sach- und Rechtslage konnte keine Regierung dem Herrn Reichspräsidenten empfehlen, eine Notverordnung zu erlassen, gegenüber der schliesslich das Reichsgericht erklärt, dass sie eine Gesetzwidrigkeit darstelle. Der gegenwärtige Zustand aber ist in der Tat untragbar. Es gibt heute Pensionäre, die sehr viel höhere Pensionen als die aktiven Reichsminister an Gehalt beziehen..... Von diesem Sachverhalt wird die Reichsregierung die hohen Pensionsbezieher in Kenntnis setzen und sie fragen, welche Konsequenzen sie daraus zu ziehen gedächten. Die Antworten werden zweckmässig der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht. Auf die Parteien des Reichstags ist unterdessen nachdrücklichst einzuwirken, dass sie das Pensionskürzungsgesetz baldigst mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit verabschieden."

Es mag dahingestellt sein, ob die Rechtsgutachten zutreffend sind. Es bleibt auf jeden Fall ein unerträgliches Gefühl, dass es unter den bestehenden Rechtsverhältnissen möglich sein sollte, die kärglichsten Renten, Unterstützungen, Gehälter und Löhne wesentlich zu kürzen, dass aber ein Angriff auf die hohen Pensionsbezüge unmöglich ist, obwohl sie neben hohen Gehältern und Vermögen bezogen werden, was vom ganzen Volke als unmoralisch empfunden wird. Daran ändert auch der Bittbrief der Reichsregierung an die Grosspensionäre nichts. Wenn dazu die Sonderbesteuerung arbeitslosen Einkommens bei den hohen Pensionen verfassungswidrig ist, so gilt das in noch höherem Masse von dem Raub der Lohnsteuererstattungen. Niemand kann gezwungen werden, mehr Steuern zu bezahlen als es das Gesetz verlangt. Jeder Steuerpflichtige hat ein Recht auf Zurückzahlung von zuviel entrichteten Steuern. Die Notverordnung beseitigt dieses Recht einseitig bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Hält also die Regierung, wie aus dem Schreiben von Dr. Stegerwald hervorgeht, die Besteuerung des hohen arbeitslosen Einkommens für verfassungswidrig, weil eine Sonderbesteuerung nicht mit der Verfassung zu vereinbaren ist, so muss sie diese Auffassung auch gegenüber jenen Arbeitslosen gelten

lassen, denen sie jetzt zuviel bezahlte Steuern vorenthält. Da sie das nicht getan hat, so bezichtigt sie sich durch das Schreiben von Stegerwald selbst der Verletzung der Verfassung, ein Verhalten, das umso schwerer zu verurteilen ist, als es sich bei dem Raub der Lohnsteuererstattungen um arme Teufel handelt und nicht um hochbezahlte Generaldirektoren und Generäle.

Jm übrigen haben wir bereits vor Tagen gefragt, was die Bettelbriefe der Reichsregierung an die Grosspensionäre bisher eingebracht haben. Eine Antwort ist auf diese Anfrage bisher nicht erfolgt.

SPD. Paris, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Der neue Präsident der Republik Doumer hat am Sonnabend nachmittag seine Amtsgeschäfte angetreten. Auf dem langen Weg vom Senat zum Präsidentenpalast, den Doumer in Begleitung des Ministerpräsidenten Laval im offenen Kraftwagen inmitten einer Schwadron republikanischer Garde zurücklegte, bildeten nur wenige Menschen Spalier. Lediglich in der Nähe des Präsidentenpalastes hatten sich etwa 1000 Neugierige eingefunden, unter denen zahlreiche Fremde und - Kriminalbeamte in Zivil waren. Einige Nationalsozialisten riefen: "Es lebe Doumer!". Die Mehrheit verharrte jedoch in tiefem Schweigen.

Jm Präsidentenpalais übergab Doumergue in Anwesenheit der Mitglieder des Büros des Senats und der Kammer sowie der Minister mit einer kurzen Ansprache seinem Nachfolger die Geschäfte. Jn seiner Antwortrede spielte Doumer darauf an, dass es nur an Doumergue gelegen habe, noch weitere sieben Jahre das höchste Amt der Republik zu bekleiden. Das habe Doumergue nicht gewollt, und das sei ein demokratischer und weiser Entschluss gewesen. Der neue Präsident empfing dann die Jnsignien des Grosskreuzes der Ehrenlegion. Anschliessend überreichte ihm Ministerpräsident Laval die Demission des Kabinetts, worauf Doumer den Ministerpräsidenten bat, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen. Laval dankte für das ihm erwiesene Vertrauen und liess von Doumer sofort die Ernennungsdekret für sämtliche bisherigen Minister und Unterstaatssekretäre unterzeichnen. Damit ist das zweite Ministerium Laval in Funktion getreten.

Später begab sich Doumer wieder von Dragonern eskortiert zum Rathaus, wo ihm die Stadtverwaltung einen feierlichen Empfang bereitete. Auch auf dem Wege zum Rathaus und auf dem Rathausplatz hatten nur wenig Zuschauer Aufstellung genommen.

SPD. Jm Zentralausschuss der Reichsbank begründete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Luther, am Sonnabend die vom Reichsbankdirektorium beschlossene Erhöhung des Diskontsatzes von 5% auf 7% und des Lombardsatzes von 6% auf 8% wie folgt:

"Seit Ultimo Mai d.J. hat die Reichsbank in erheblichem Masse Gold und Devisen abgeben müssen. Zunächst hielten sich die Abziehungen in verhältnismässig engen Grenzen, die angesichts des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank und angesichts der Tatsache, dass der Notenumlauf sich entsprechend verminderte, ein weiteres Abwarten als unbedenklich und angezeigt erscheinen liessen. Jn den letzten Tagen sind jedoch die Anforderungen ausserordentlich gestiegen. Hinzu kommt, dass auch eine stärkere Jnanspruchnahme des Wechselkredits der Reichsbank eingesetzt hat, sodass die Reichsbank nunmehr gezwungen ist, deutliche Abwehrmassnahmen zu ergreifen.

Die umfangreichen Kreditkündigungen und Wertpapierverkäufe, die seitens des Auslandes stattgefunden haben, gehen nicht auf wirtschaftliche Veränderungen innerhalb Deutschlands, sondern auf Ereignisse anderer Art zurück, unter denen die Vorgänge bei der Oesterreichischen Credit-Anstalt ihre besondere Rolle spielen. Das Reichsbankdirektorium betont, dass ungeachtet der Fortdauer der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Lage der deutschen Wirtschaft selbst und die deutschen Kreditverhältnisse keine Veranlassung für den eingetretenen

Umschwung geben.

Gegenüber der tatsächlichen Entwicklung des Devisenmarktes hält das Reichsbankdirektorium eine Erhöhung des Diskontsatzes um 2 Prozent für geboten.

Die Erhöhung tritt sofort in Kraft.

SPD. Bochum, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Auf den Zechen des Ruhrgebiets wurde am Sonnabend das Gerücht verbreitet, dass Reichskanzler Brüning und der Berliner Polizeipräsident einem Attentat zum Opfer gefallen seien. Es besteht Grund zu der Annahme, dass das Gerücht von den Kommunisten in die Welt gesetzt wurde, um Verwirrung zu stiften.

SPD. Braunschweig, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Führer des Jungdeutschen Ordens im Lande Braunschweig verlangte in einer öffentlichen Versammlung, dass die Angriffe der Hakenkreuzler gegen die "Youngdeutschen" endlich aufhörten. Jm anderen Falle würde sich der jungdeutsche Abgeordnete im Braunschweigischen Landtag gegen die Naziregierung einstellen müssen.

Die Franzen-Regierung ist nur durch die Unterstützung des jungdeutschen Abgeordneten Schrader lebensfähig. Schrader ist im Braunschweigischen Landtag der einzige seiner Couleur.

SPD. Jnnsbruck, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Tiroler Landespolizei umstellte in der Nacht zum Sonnabend das Haus des Starhemberg treuen Heimwehrführers Chizzali und nahm eine Haussuchung nach Waffen vor. Es wurden ein Maschinengewehr, zahlreiche Gewehre, Revolver, Pistolen und viel Munition gefunden. Die Anhänger Starhembergs behaupten, dass die Beschlagnahme auf Veranlassung des Heimwehrführers von der anderen Richtung Steidles erfolgt sei, der beim Landeshauptmann deshalb vorgesprochen habe. Sein Vorgehen wird als "Verrat" bezeichnet. Jnfolge des Zwischenfalls sind die Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Heimwehrgruppen unterbrochen worden.

SPD. Genf, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Der jährliche Kampf der Arbeitervertreter auf der Jnternationalen Arbeitskonferenz um das Recht der Arbeiterorganisationen, unabhängig von den Regierungen ihre Vertreter zu entsenden, spitzte sich auch diesmal hauptsächlich bei der Prüfung des Mandats für den italienischen Arbeitervertreter zu. Da eine starke Minderheit des Mandatsausschusses gegen den faschistischen Vertreter Einspruch erhob, drohte die italienische Delegation mit Abreise und der faschistische Arbeitsminister sogar mit Austritt aus dem Jnternationalen Arbeitsamt.

Aus all den grossen Gesten ist indessen nichts geworden. Nur während der Beratung des Berichts der Mandatskommission blieben die Faschisten der Sitzung fern und liessen eine schwache Erklärung verlesen. Jm übrigen wird die italienische Delegation weiter an den Arbeiten teilnehmen.

Die Abstimmung in der Vollversammlung vom Sonnabend ergab die Anerkennung des faschistischen Arbeitermandats mit 76 gegen 22 Stimmen (gegenüber 98 gegen 29 Stimmen im Vorjahre). Diese zunehmende Misstimmung der Konferenz über die den Satzungen widersprechende Entrechtung der Arbeiterschaft in Jtalien wurde noch unterstrichen durch die Stimmenthaltung der englischen und der spanischen Regierungsvertreter. Wegen der Proteste hat Jtalien wiederum die notwendige Ratifikation jenes Uebereinkommens verweigert, nach dem der Verwaltungsrat um 8 Mitglieder erweitert werden soll. Das Mandat des polnischen Arbeitervertreters der entgegen der Satzung durch die Regierung von kleineren Verbänden und nicht

von dem wesentlich stärkeren Verband der Amsterdamer Richtung delegiert worden ist, wurde ebenfalls trotz des Protestes der Arbeitergruppe von der polnischen Regierung anerkannt.

Jn den Kommissionen hat man sich über das Kohlenarbeitszeitabkommen und die Erweiterung des Abkommens über das Zulassungsalter von Kindern zur Jndustrie und Gewerbearbeit soweit geeinigt, dass die Beschlüsse inzwischen den Redaktionsausschüssen zugeleitet werden konnten.

SPD. Paris, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Jn Roubaix, wo in der Nacht zum Sonnabend zwischen Polizei und streikenden Kommunisten heftige Kämpfe tobten, ist am Sonnabend morgen die Ruhe wiederhergestellt worden. Die in Marsch gesetzten Kavallerie-Abteilungen brauchten nicht in Aktion zu treten.

SPD. Jn der letzten Sitzung des Aeltestenrats des Reichstags, in der über die Einberufung des Reichstags entschieden werden sollte, stimmte der Vertreter der Wirtschaftspartei für den Zusammentritt des Parlaments. Die Folge war, dass sich dieser Tage mehrere Vorstandsmitglieder der Wirtschaftspartei mit zahlreichen Vertretern aus dem Lande in Berlin zusammensetzten und gegen die Politik des Bäckermeisters Drewitz als den Führer des in der Wirtschaftspartei organisierten Jnteressenklüngels eine scharfe Entschliessung annahmen. Darin heisst es u.a., dass die Einberufung des Reichstags keineswegs den Jnteressen des Mittelstandes entspricht. Prompt ist Drewitz mit der Erklärung bei der Hand, dass die Protestler mit der Wirtschaftspartei nichts zu tun haben, während die Angegriffenen ihm das Recht absprechen, für die Wirtschaftspartei in ihrer Gesamtheit noch öffentliche Erklärungen abzugeben.

Es spukt wieder einmal in dem Jnteressentenhaufen um Drewitz.

SPD. Dessau, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend stürzte über dem Junkers-Flugplatz in Dessau ein mit zwei Jnsassen besetztes Flugzeug der Firma Junkers ab und verbrannte. Die Feuerwehr konnte nach dem Löschen der brennenden Trümmer nur noch die verkohlten Leichen der Jnsassen bergen. Die Ursache des Unglücks ist unbekannt.

SPD. Heidelberg, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Vorstand des Reichslandbundes, der hier am Sonnabend tagte, nahm eine Entschliessung gegen die Regierung Brüning an, in der es heisst, dass "die Führung des deutschen Volkes ungesäumt in die Hände anderer, entschlossener und zur rettenden Tat bereiter Männer gelegt werden muss". Die Fortsetzung der gegenwärtigen Regierungspolitik bedeute das Todesurteil für die Landwirtschaft. Die Verdoppelung der Zuckersteuer, wie sie in der neuen Notverordnung vorgesehen ist, sei unerträglich. Statt dessen wird eine Luxusumsatzsteuer auf Südfrüchte und die Erhöhung des Butterzolls gefordert. Schliesslich heisst es noch in der Entschliessung, dass die Notverordnung keinen anderen Sinn habe als den bisherigen unhaltbaren Zustand der Reparationspolitik und die falsch aufgebaute Sozialpolitik künstlich am Leben zu erhalten.

Die Entschliessung kennt an Unverschämtheiten keine Grenzen. Sie überbietet alles, was sich der Reichslandbund an Angriffen gegen die Regierungen der Republik bisher geleistet hat. Es scheint, als ob die Herrschaften bereits Morgenluft wittern. Zufriedenstellen kann sie nur eine Regierung, die ihnen über die bisherigen Subventionen hinaus jeden Monat auf Kosten der Allgemeinheit neue Millionen in den Rachen schleudert.

SPD. London, 13. Juni (Eig.Drahtb.)

Die englischen Nachrichtenblätter berichten seit Chequers über die Vorgänge in Deutschland und insbesondere über die in Berlin wesentlich ausführlicher als das sonst bei ähnlichen zugespitzten Situationen der Fall gewesen ist. Die einen sprechen von "Strassenunruhen", die auch als "Hungerrevolten" bezeichnet werden, andere berichten über "lange Menschenschlangen", die vor den Wechselstuben anstehen und ausländische Banknoten kaufen. Ebenso sensationell werden die Absichten der Ruhrindustriellen wiedergegeben, die eine Diktatur errichten wollten.

Aber es gibt auch besonnene Stimmen, die bei voller Würdigung des Ernstes der Lage von einer Panikstimmung warnen. So beispielsweise der "Financial", der die Position der deutschen Reichsbank als keineswegs schwach bezeichnet.

SPD. Der Leiter der amerikanischen Aussenpolitik, Staatssekretär Stimson, wird Ende Juli in Berlin eintreffen. Seinem Besuch kommt im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem besondere Bedeutung zu. Der Besuch ist bereits mit den zuständigen deutschen Stellen zu einem festen Termin vereinbart.

Der deutsche Botschafter in Amerika von Prittwitz trifft bereits in dieser Woche in Berlin ein. Die deutschen Botschafter in Rom, London und Paris sind ebenfalls im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem nach Berlin gebeten worden.

Aus aller Welt

Die Stadt der Zukunft.

Werner Hegemann,der 50 Jährige, über moderne Wohn= und Siedlungspolitik.

SPD. Werner Hegemann,der bekannte Ar= chitekt und Städtebauer,der die Bücher "Fridericus", "Der gerettete Kristus" und vor allem "Das steinerne Berlin" schrieb, ist am 15.Juni 50 Jahre alt geworden.

Die grosse Deutsche Bauausstellung Berlin 1931, in Verbindung mit dem Ber= liner Städtebau=Kongress, rückt das Problem der Zukunftsstadt wieder in den Schweinwerfer der Aktualität. Die Frage: Wie werden wir in Zukunft wohnen? be= wegt nicht nur die Fachleute in allen Ländern der Welt,sondern auch die Milli= onen der Grosstadtmenschen. Das Wohnelend in den Mietskasernen mit seiner schwe= ren volksgesundheitlichen Gefahr fordert gebieterisch durchgreifende Reformen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Werner Hegemann,ein Bahnbrecher des moder= nen Städtebaus, der schon lange vor dem Krieg in Amerika und auch in Berlin um= fassende Städtebauausstellungen organisierte, hatte mit einem unserer Mitar= beiter eine Aussprache über die brennend gewordene Frage des Städtehaues der Zukunft.

Statt Heeres= Wohnungsaufrüstung!

Die Reform unseres Wohnungswesens ist,so legte Hegemann dar, eine Frage, die weite Kreise zu interessieren beginnt. Freilich,die Erkenntnis,dass nur ei= ne weitsichtige Planwirtschaft bei der notwendigen Umgestaltung unserer Gross= städte zum Ziel führen kann,war schon vor dem Kriege vorhanden. Niemals erschie= nen eigentlich die Aussichten für eine wesentliche Reform im Städtebau in al= ler Welt günstiger als in den letzten Vorkriegsjahren. Damals wuchs die Zahl einflussreicher Männer, die begriffen,dass im Völkerleben der Zukunft die Auf= wendungen für Sanierung und Neugestaltung unserer Städte sehr wohl anstelle der grossen Kapitalvergeudungen für blutige Kriege treten könnten, die in den ver= gangenen Jahrtausenden in beinahe regelmässigen Abständen das Ventil für über= schüssige Kapitalbildung der Völker gewesen sind. Wir wollten damals die Welt tief in milliardenverschlingende, aber wahrhaft produktibe Notstandsarbeiten verwickeln. Der schöne Plan ist leider nicht gelungen.

Kampf der Mietskasernen.

Der Weltkrieg hat viel Hoffnungen des Städtebaus vernichtet. In der Nach= kriegszeit begann zuerst das neutrale Schweden mit der Internationalen Städte= bauausstellung von Gothenburg die Arbeit wieder aufzunehmen. Und Stockholm wur= de eine der ersten Städte, die vorbildliche Arbeitersiedlungen schuf. So sieht man heute in der Abteilung "Schweden" der Berliner Bauaustellung das Modell eines Kleinhauses mit Garten - und in diesen Kleinhäusern wohnen heute schon Tausende Stockholmer Arbeiterfamilien. Sie wohnen billiger und besser als in der Mietskaserne. Das Haus kostet zwar 11 ooo Mark,aber die Anzahlung von looo Mark kann durch eigene Arbeit beim Bau des Hauses abgegolten werden. Hier ist ein entscheidenden Schritt zur Beseitigung des Wohnelends in den Grosstädten, unter dem Millionen Proletarier bitter leiden,getan. Das endgültige Ziel wird aber erst erreicht sein,wenn es gelungen ist,die Massen vollständig aus den un= gesunden Mietskasernen herauszuholen und in Kleinstwohnungen mit Gärten un= terzubringen.

Das Kleinhaus des Proletariers?

Aber das ist nicht nur in Schweden möglich. Auch in Deutschland kann der

Arbeiter sein eigenes Haus haben. So zeigt die Bauausstellung eine Anzahl Modelle von Kleinhäusern, Ergebnisse eines Wettbewerbes deutscher Architekten, die sogar schon für 8= bis 10 ooo Mark gebaut werden können. Daneben beweist der Architekt Häring, dessen vollständig ausgeführtes Kleinhaus in der Halle steht, dass man schon für 6 ooo Mark eine Familie in bequemen und gesunden Räumen unterbringen kann. Schon heute besitzen Hunderttausende von Proletariern Schrebergärten, in denen sie ihre Abende und Sonntage verbringen. Dieses Verlangen des arbeitenden Menschen nach Luft, Sonne und eigenen Boden,wird vielleicht einmal das Kleinhaus,das die hässliche unhygienische Mietskaserne verdrängt, zum Wohnhaus der Zukunft machen. Die Stadt der Zukunft wird von einem Kranz von Trabantensiedlungen umgeben sein,der wiederum durch einen Ring von Grünflächen, von Wald und landwirtschaftlich ausgewerteten Gebieten von der eigentlichen Stadt getrennt ist. Man muss, und diese Forderung wird das Bauprogra in den nächsten Jahren bestimmen, wie der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer auf der Bauausstellung sagte, so viel gesunde Wohnungen draussen ausserhalb der Stadt schaffen,dass in der Stadt allmählich die ungesunden Mietskasernenviertel veröden.

Sozial bedingte Wohnpolitik-: die Forderung der Stunde!

Sind erst grössere Massen der Stadtbevölkerung in gesünderen Bezirken angesiedelt,so kann man an die Sanierung des alten Stadtkerns gehen. Aus dem verwirrenden Häusermeer der Grosstadt, in dem alles bunt und systemlos durcheinander gestellt ist, wo die Fabrik neben dem Wohnhaus steht und der Verkehrslärm die Nerven der Menschen bis zum äussersten strapaziert,wird die planvoll gestaltete Zukunftsstadt erstehen, die ihren Menschen das Leben bequem und leichter macht. Schon heute beginnt sich der Siedlungsgedanke immer kräftiger Bahn zu brechen. Schon heute wachsen die Wohnsiedlungen rings um die grossen Städte, während die Zentren langsam menschenleer zu werden beginnen. Diesem Drang nach menschenwürdigem Wohn= und Lebensraum Erfüllung zu geben,ist eine der dringendsten Aufgaben einer modernen,von sozialem Geist und Willen erfüllten Wohnpolitik.

\+ + +

Kohlenstaubexplosion. In der Brikettfabrik der Mitteldeutschen Stahlwerke ereignete sich am Sonnabend eine Kohlenstaubexplosion. Sechs Arbeiter,die von der Explosion überrascht wurden,erlitten zum Teil sehr schwere Verletzungen.

\+ + +

Das Gesetz der Katastrophenserie. Kurz nach dem tragischen Ende des englischen U=Bootes "Poseidon" ist das russische U=Boot "Chaopry" im Wladiwostoker Hafen gesunken. Es besteht keine Hoffnung,die Besatzung noch lebend zu bergen.

\+ + +

Seines Amtes unwürdig. Der im Dresdener Uralzeff=Prozess [illegible] in Erscheinung getretene Strafanstaltsoberlehrer Dzikan,der zurzeit an der Strafanstalt Kassel-Wihlheiden tätig ist, wird ein Disziplinarverfahren zu gewärtigen haben. Der Kasseler Generalstaatsanwalt hat vom Preussischen Justizministerium die Anweisung erhalten, beim Disziplinarsenat des Oberlandesgerichts Kassel die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gegen Dzikan mit dem Ziel der Dienstentlassung zu beantragen.

\+ + +

Das dicke Ende. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I in Berlin hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung gegen 16 Personen eröffnet, die an den kommunistischen Unruhen am Görlitzer Bahnhof vom 29.Mai, bei denen ein Schutzpolizist und ein Stahlhelmer getötet wurden,beteiligt waren. Die Anklage lautet auf Mord, Mordversuch, schweren Aufruhr, Landfriedensbruch und Widerstand. Fünf der Angeschuldigten befinden sich in Haft.

\+ + +

Der Schacher=Prinz. Auf Schloss Klein=Glienicke,das dem Prinzen Friedrich Leopold von Preussen gehört, wird der Ausverkauf der Hohenzollern=Tradition in Kürze fortgesetzt werden. Friedrich Leopold hat wieder Geld nötig.Verkauft werden sollen vor allem Mobiliar und Kunstgegenstände von zum Teil sehr hohem Stil wert. Mit der Versteigerung hofft sich der Prinz endgültig zu sanieren.

\+ + +

Riesenflugzeug. Wie die russische Presse meldet, beabsichtigt Sowjet=Russland ein Verkehrsflugzeug zu bauen,das 32 Fluggästen Platz bieten soll. Dieses Flugzeug soll 5 Motore zu je 400 PS aufweisen.

\+ + +

Ein Bataillon vergiftet. Ein Bukarester Bataillon Gendarmerie,das sich in der Nähe der Hauptstadt auf einem Felddienstmarsch befand,erkrankte an schweren Vergiftungserscheinungen. Der Zustand von über 200 Gendarmen war so bedenklich,dass sie sofort in die Kaserne geschafft werden mussten. Da kein Transportmittel zur Verfügung stand,fuhr man die Schwerkranken in Viehwagen zurück. Die Untersuchung der Massenerkrankungen ergab,dass vergifteter Käse die Ursache war.

\+ + +

Zum Tode verurteilt und freigesprochen. In Posen wurde im Wiederaufnahmeverfahren der wegen der Ermordung seiner Ehefrau und Stieftochter zweimal zum Tode verurteilte Gottlieb Breit aus Bromberg freigesprochen. Die neue Verhandlung hat ergeben,dass die Verdachtgründe für ein Todesurteil nicht ausreichten,dagegen wurde einer der Hauptzeugen gegen ihn als der wahrscheinliche Täter bezeichnet.

\+ + +

Eine ertragreiche Versteigerung. Bei der Versteigerung einer Sammlung früher Bildteppiche aus deutschem Privatbesitz in London wurden riesige Summen erzielt. Das Hauptstück, die "Anbetung der Heiligen drei Könige",ein flämischer Bildteppich aus der Ausgangszeit des 15.Jahrhunderts, brachte allein 350 ooo Mark ein. Das kostbare Stück blieb in England.

\+ + +

Riesenprozess gegen Al Capone. Das Chikagoer Bundesgeschworenengericht hat gegen den bekannten Banditenkönig Al Capone und 68 Mitglieder seiner Bande Anklage wegen Verletzung der Prohibitionsgesetze erhoben. Die Anklageschrift des Bundesgeschwornengerichts hat den Umfang eines Buches. Sie zählt mehr als 5ooo Einzelfälle auf, die Al Capone und seiner Bande zur Last gelegt werden. Die Einnahmen der Bande Al Capone, die sich den hochtönenden Namen "Alkoholsyndikat" zugelegt hat,werden seit 1920 auf 24 Millionen Dollar jährlich geschätzt. Der Banditenchef hat sich seit Beginn seiner Verbrecherlaufbahn ein Vermögen in Höhe von mehr als 20 Millionen Dollar "erworben". Skeptiker nehmen an, dass der angekündigte Monstre=Prozess gegen Al Capone überhaupt nicht stattfinden wird. Der eventuellen peinlichen Enthüllungen wegen....

\+ + +

Dorf der Brandstifter. Die Ortschaft Vielank in Mecklenburg kann für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, im verflossenen Jahr einen Rekord in Bränden aufgestellt zu haben. Auch in diesem Jahr ist es nicht besser geworden. Nachdem erst vor einigen Tagen fünf Wohn= und Wirtschaftsgebäude in Flammen aufgegangen sind, war am Sonnabend wiederum ein Feuer zu verzeichnen. Der Besitz des Landwirts Jeese ging in Flammen auf. Man nimmt an,dass die zahlreichen Brandstiftungen von äusserst geschickt arbeitenden Verbrechern angelegt worden sind. Es ist schon so weit gekommen,dass sich die Bewohner in ihren Häusern nicht mehr sicher fühlen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Tagung der Strafvollzugsbeamten.

SPD. Der freigewerkschaftliche Bund der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsbeamten hielt dieser Tage in Berlin seine Generalversammlung ab.

Der Verbandsvorsitzende Hornig unterstrich in seinen Darlegungen über den Strafvollzug besonders die Bedeutung der Personalfrage. Ein moderner Strafvollzug sei nicht möglich ohne ausreichende Aus- und Fortbildung des Personals. Die einjährige Ausbildung, die immer noch nicht erreicht sei, müsse endlich einmal kommen. Ohne Qualitätspersonal nütze die beste Verordnung über den Strafvollzug nichts. Der Strafvollzug in Stufen vom 7. Juli 1929 sei von den Beamten begrüsst worden, weil er einen grossen sittlichen Wert habe. Vor allem sei die Trennung der Gefangenen entsprechend der Schwere ihres Verbrechens und ihrer Charaktereigenschaft notwendig gewesen, denn ohne eine solche Trennung sei ein bessernder Strafvollzug nicht wirksam zu gestalten. Allein nach wie vor hänge alles von einem tüchtigen und ausreichenden Strafvollzugspersonal ab. Der Beamtenmangel in den Strafanstalten sei nicht länger zu ertragen. Seit 1924 seien trotz des Anwachsens der Aufgaben durch neuen Strafvollzug etwa 34% der Beamten abgebaut worden. Das sei ein unhaltbarer Zustand.

Die Rückständigkeit des österreichischen Strafvollzugs wurde von den Vertretern der österreichischen freigewerkschaftlichen Strafvollzugsbeamten Schober beleuchtet. Die österreichische Regierung habe allem Anschein nach nicht die Absicht, den Strafvollzug zu reformieren. Sie habe lediglich unter dem Druck der öffentlichen Meinung einige Ausserlichkeiten der deutschen Reform (Radio, Kino, Blumen und dergl.) übernommen; der Geist des alten Strafvollzugs sei jedoch geblieben. Der Widerstand gegen eine Modernisierung des Strafvollzugs liege in der politischen Struktur Oesterreichs. Die Rechtsparteien sträubten sich noch immer gegen jede Reform. Der Gedanke des neuen Strafvollzugs sei in Oesterreich nur von der freigewerkschaftlichen Organisation aufgegriffen worden. Sie habe zu diesem Zweck Kurse eingerichtet, um ihre Mitgliedschaft über die Bedeutung einer modern und human eingestellten Betreuung der Gefangenen zu unterrichten. Durch Zusammenarbeit mit der deutschen Bruderorganisation werde es hoffentlich gelingen, auch in Oesterreich vorwärts zu kommen.

In der Aussprache wurde an der Personaldrosselung in den Strafanstalten scharfe Kritik geübt. An vielen Beispielen aus der Praxis wurde dargelegt, dass auch hier wieder einmal am falschen Fleck gespart wird, da der Abbau sich bereits zu einer Gefahr für den Strafvollzug wie zu einer Bedrohung der Strafvollzugsbeamten an Leben und Gesundheit geführt hat.

SPD. Besonders übel hat die Notverordnung den Tabakarbeitern mitgespielt. Sie sollen ihre Sonderunterstützung verlieren. Auch den besonders in Mitleidenschaft gezogenen Gemeinden und Gemeindeverbänden wird die ihnen zugesicherte Entschädigung entzogen. Den Fabrikanten dagegen wird sie weitergezahlt.

Ein geradezu klassisches Beispiel, wie ungleichmässig die Reichsregierung in der Notverordnung Licht und Schatten verteilt hat. Seit der Stabilisierung der Währung ist das Tabaksteuergesetz mit seinen Ausführungsbestimmungen mindestens zwanzigmal geändert worden, und jede Aenderung brachte Absatzstockungen

Betriebsumstellungen und Produktionsstörungen, unter denen die Tabakarbeiterschaft zu leiden hatte.

Noch vor der Veröffentlichung der Notverordnung hatten die beiden Tabakarbeiterverbände die Regierung ersucht, die Sonderunterstützung nicht zu beseitigen. Ihre Bitte war umsonst.

SPD. Ein neuer Manteltarif und ein Gagenabkommen für die Filmkomparsen ist zwischen dem Filmdarstellerkartell und dem Verband der Filmindustriellen abgeschlossen worden. Das neue Gagenabkommen setzt ein Mindesthonorar von 10 Mark pro Tag fest. Es gilt für Darsteller im gewöhnlichen Anzug oder Kostüm. Steigerungen bis zu 15 Mark sind je nach Toilette und besonderen körperlichen Leistungen (Reiten, Schwimmen und dergl.) vorgesehen. Ueberstunden müssen besonders entlohnt werden. Für Sonntags- und Nachtarbeit sind Zuschläge von 50% vorgeschrieben. Als Arbeitszeit gilt der Achtstundentag. Die Komparsen sollen möglichst über den öffentlichen Arbeitsnachweis bezogen werden.

Das Filmdarstellerkartell setzt sich zusammen aus der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, dem Deutschen Chorsängerverband, dem Tänzerbund und der Internationalen Artistenloge.

SPD. Die Gewerkschaften fordern die 40-Stundenwoche. Die Belegschaft der Howaldtwerke in Kiel hat jedoch vor kurzem bei einer Urabstimmung mit Mehrheit sich für die Rückkehr von der Vierzigstunden- zur 48-Stundenwoche ausgesprochen Die Deutsche Arbeitgeberzeitung (vom 14. Juni) wirft deshalb den Gewerkschaften vor, zwischen ihrer Theorie und Praxis klaffe ein Widerspruch.

Die Rückkehr zur 48-Stundenwoche bei den Howaldtwerken ist darauf zurückzuführen, dass der Betriebsrat, der nach der Neuwahl über eine kommunistische Mehrheit verfügt, sein Einverständnis zur Verlängerung des Arbeitszeitverkürzinsabkommens über den 31. Mai hinaus verweigerte. Die Arbeitgeberzeitung kennt den Sachverhalt nicht, aber sie hetzt.

SPD. Die Krise droht jetzt auch führende Hamburger Exporthäuser in den Strudel der Geschäftszusammenbrüche zu ziehen. Die Firma Schlubach, Thiemer und Co. ist bereits ein Opfer der Vertrauenskrise des Auslandes gegenüber Deutschland geworden. Die Unternehmerpresse hat nun sehr schnell herausgefunden, wer an der panikartig angeschwollenen Misstrauenswelle schuld ist. Sie meint, die Boulevard-Presse mit ihrem Gerede über "Strassenschlachten" habe die Beunruhigung des Auslandes panikartig gesteigert. So sagt die "Deutsche Allgemeine Zeitung", unter dem Eindruck der Berliner Skandalmeldungen hätten sofort ausländische Reeder ihre Schiffe nach ausserdeutschen Häfen umdirigiert, und die ausländischen Kreditabrufe stünden in unlöslichem Zusammenhang mit den Nachrichten, die in der deutschen Oeffentlichkeit aus deutschem Munde verbreitet würden.

Das ist etwas viel Heuchelei. Wenn das Ausland misstrauisch geworden ist, dann hat es dafür schon triftigere Gründe als das Gerede irgendwelcher Boulevard-Blätter. Die Vorstösse der Scharfmacher gegen das Kabinett Brüning, ihr Techtelmechtel mit Hitler und ähnliche Dinge haben das Ausland stutzig gemacht. Im übrigen gibt es auch rechtsgerichtete Boulevardblätter. Gerade sie und die Nazipresse haben die kommunistischen Krawalle sensationell aufgebauscht.

Wirtschaft Technik Handel

Kann die Notverordnung geändert werden?

SPD. Die Sozialdemokratie weiss sich einig mit der Arbeiterschaft und mit allen, die sich noch eine Spur sozialen Empfindens bewahrt haben, in der Forderung nach Aenderung der Notverordnung.

Wenn die Sozialdemokratie sich nun gegen die Notverordnung wendet, trägt sie damit eine ganz andere Verantwortung, als wenn Kommunisten und Nationalsozialisten ihre Aufhebung verlangen. Diese Katastrophenpolitiker wollen nur die Zerstörung des Staates und der Wirtschaft. Sie brauchen sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, was werden soll, wenn durch Aufhebung der Notverordnung ein Defizit von 2400 Millionen Mark ungedeckt bleibt. Die Sozialdemokratie will dagegen eine Gesundung der Staatsfinanzen. Sie weiss, dass ohne diese Gesundung das Chaos kommt.

Es gibt eine ganze Reihe von Bestimmungen in der Notverordnung, gegen die wir grundsätzlich nichts einzuwenden haben und die dazu dienen, den grössten Teil des Defizits zu decken. Wir sind einverstanden mit jenen Ausgabenkürzungen im Reichshaushalt, die nicht auf Kosten der Sozialpolitik gehen. Wir sind auch grundsätzlich einverstanden mit dem Gedanken der Krisensteuer - freilich nicht mit dem Zerrbild, das die Notverordnung daraus gemacht hat. Denn wir sagen uns, dass das ganze Volk, soweit es noch beschäftigt ist, in dieser schweren Not für die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung Opfer bringen muss. Wir sind auch mit der Erhöhung der Mineralzölle und der Rückkehr zur monatlichen Erhebung der Umsatzsteuer einverstanden und wir könnten uns, wenn es unbedingt sein muss, selbst mit der Erhöhung der Zuckersteuer abfinden, freilich unter der Voraussetzung, dass durch eine - wirtschaftlich durchaus tragbare, ja erstrebenswerte - Senkung des Zuckerhöchstpreises die Erhöhung der Zuckersteuer ausgeglichen wird.

Damit ist aber das Defizit noch nicht gedeckt. Andere Massnahmen sind notwendig. Wir denken hier in erster Linie an die Aenderung der Krisensteuer. Ueber ihre Notwendigkeit ist kein Wort zu verlieren; aber das empörende Unrecht, dass die veranlagten Einkommensempfänger nur einen Bruchteil der Opfer tragen sollen, die die Arbeiter und Angestellten tragen müssen, muss auf jeden Fall aus der Welt geschafft werden. Nun lässt sich auf Grund der Einkommenssteuerstatistik vom Jahre 1928 errechnen, dass eine Heranziehung der veranlagten Einkommensempfänger zu den Sätzen der Krisenlohnsteuer, selbst bei einem 20%igen Abschlag gegenüber dem Jahre 1928, auf das Jahr gerechnet mehr als 150 Millionen und für das Dreivierteljahr, das jetzt noch der Steuer unterworfen werden soll, etwa 115 bis 120 Millionen einbringen würde. Hält man die Aufbringung dieser zusätzlichen Summe für zu hoch, so liesse sich eine Ermässigung der Sätze bei Aufhebung der ungerechtfertigten Differenzierung durchführen.

Auch die Körperschaften sind zur Krisensteuer heranzuziehen, was bei einem Satz von 2% dem Reich immerhin 40 Millionen einbringen würde. Des weiteren muss der ganz ungerechtfertigte Verzicht auf die Ausgleichsabgabe auf inländisches Mineralöl aus der Welt geschafft werden. Das würde 35 bis 40 Millionen Mark erbringen.

Schliesslich könnte sehr leicht eine andere, ebenso kostspielige wie wirtschaftlich ungerechtfertigte Massnahme beseitigt werden, nämlich der Sub-

ventionsfond, der in jenem Teil der Krisensteuer steckt, der zur "Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten" verwendet werden soll. Es handelt sich ausschliesslich um Subventionen an die Schwerindustrie.

Es können also ohne wesentliche Eingriffe in die Notverordnung Einnahmen erschlossen werden, die ausreichen, um die unsozialen Bestimmungen der Notverordnung weitgehend zu beseitigen, in allererster Linie, um von den vielen anderen Härten zu schweigen, den allgemeinen Abbau der Unterstützungssätze für Arbeitslose, der weit über die angekündigten 5% hinausgeht, die Herausnahme der Jugendlichen aus der Arbeitslosenunterstützung usw.

Aber neben den genannten Einnahmequellen gibt es noch eine Reihe anderer, auf die von unserer Seite schon des öfteren hingewiesen wurde. Ist es z.B. notwendig und zu verantworten, dass die Landwirtschaft gerade in diesem Augenblick der schwersten Finanzkrise von der Einkommensteuer nahezu völlig befreit wird. Eine Beseitigung dieser Bestimmung (Erhöhung der steuerfreien Einkommensgrenze der Landwirtschaft auf 6 000 M) würde der Staatskasse etwa 40 Millionen Mark bringen, ohne die Landwirtschaft fühlbar zu belasten. Das gleiche gilt von der Erhöhung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer und bei der Vermögenssteuer, die heute ebenfalls nicht zu rechtfertigen ist. Schliesslich ist auf die von uns schon wiederholt geforderte Reform der Tabak- und Branntweinbesteuerung hinzuweisen, die ebenfalls mit einem Schlag Dutzende von Millionen einbringen würde. Besonders die Reform der Branntweinbesteuerung ist angesichts der hoffnungslos verfahrenen Situation in der Branntweinwirtschaft dringend von Nöten.

Es ist also bei einigem guten Willen und bei einiger Energie gegen unberechtigte Sonderwünsche gewisser, allerdings einflussreicher Kreise wirklich nicht schwer, die unsozialen Bestimmungen der Notverordnung auszumerzen und trotzdem die nötige Deckung des Defizits zu finden. Und bei keiner der von uns vorgeschlagenen Massnahmen wird man sagen können, dass sie den Besitzenden Opfer zumuten, die in irgend einem Punkt über das hinausgehen, was die arbeitende Bevölkerung heute an Opfern tragen muss. Allein die Beseitigung offensichtlicher Ungerechtigkeiten, überflüssiger und bedenklicher Subventionen und steuertechnischer Mängel genügt, um den Opfer n des Krieges und der Krise zu geben, was die Allgemeinheit ihnen schuldig ist.

SPD. Es liegt auf der Hand, dass die schlechte wirtschaftliche Entwicklung bei uns mit darin begründet ist, dass die Anregung vom Baumarkt her fehlt. Darunter leidet naturgemäss die Bauarbeiterschaft. Hier muss die Regierung unbedingt Massnahmen treffen, wenn Schlimmstes verhütet werden soll. Der Deutsche Baugewerksbund fordert deshalb in einer Eingabe an die Regierung die Anordnung der 40-Stundenwoche für das gesamte Baugewerbe. Die Regierung hat dafür eine Ermächtigung in der neuen Notverordnung. Im übrigen verweist der Baugewerksbund in seiner erwähnten Eingabe an die Reichsregierung auf die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten im Wohnungs- und Strassenbau. Die Regierung muss endlich, so wird in der Eingabe des Baugewerksbundes unterstrichen, an die Beschaffung von Auslandskapital herangehen und die Frage der zweiten Hypothek ordnen, die für das Schicksal der Bauarbeiter entscheidend ist.

Auch der "Verband der sozialen Baubetriebe" hat sich mit der katastrophalen Lage am Baumarkt beschäftigt. In einer Konferenz, die Ende der Woche in Berlin stattfand, wurde eine Entschliessung angenommen, in der es u.a. wie folgt heisst:" Herabsetzung der noch immer weit übersetzten Zinssätze auf dem Kapitalmarkt. Bereitstellung von zweitstelligen Hypotheken zu günstigen Bedingungen. Beschaffung von Auslandsanleihen für Hoch-, Tief- und Strassenbau. Dringend gefordert wird die Herabsetzung der Arbeitszeit im Baugewerbe auf 40 Stunden wöchentlich. Die Herabsetzung der Arbeitszeit ist für das Baugewerbe technisch und wirtschaftlich durchaus möglich. Arbeitspolitisch ist sie unbedingt erforderlich.

SPD. Trotzdem sich die Anforderungen an die Devisenbestände der Reichsbank am Sonnabend verringert haben - sie betrugen immer noch etwa 78 bis 80 Millionen Mark gegenüber 200 Millionen Mark am Freitag - hat sich die Reichsbank zu weitgehenden Verteidigungsmassnahmen entschlossen. Das bedeutet Verteuerung der Gestehungskosten aber auch Kreditverknappung und Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten und wir können nur sagen: Das ist das Geschoss Schachts und der Schwerindustrie.

Die Dinge haben sich so entwickelt, dass der sich Anfang Juni bemerkbar machende stärkere Geldabzug bei den deutschen Banken fast ausschliesslich aus dem Ausland kam. Erst in der verflossenen Woche setzten auch deutsche Geldabzüge ein. Soweit das Ausland sich zu Geldabzügen entschloss, haben die Bankpleiten in Oesterreich eine Rolle gespielt. Der Zusammenbruch der Wiener Creditanstalt hat die ausländischen Geldgeber stark beunruhigt und in Amerika, England oder Frankreich, wo man die Grenze zwischen Deutschland und Oesterreich nicht so genau zieht, wie bei uns, sagte man sich, was in Wien vorgekommen ist, kann auch in Berlin passieren. Die deutschen Banken standen diesem Ansturm mit guten Nerven gegenüber. Sie haben getan, was jeder gute Kaufmann in einer solchen kritischen Situation tun muss: sie haben auf Heller und Pfennig die gekündigten und fälligen Forderungen ausgezahlt. Sie sind dazu in der Lage, weil sie sich in den hinter ihnen liegenden sehr guten Jahren eben entsprechende Reserven geschaffen haben. Natürlich griffen die Banken auch auf die Reichsbank zurück. Schon in dieser Zeit kostete der Abzug fremder Gelder aus Deutschland der Reichsbank jeden Tag weit über 50 Millionen Mark an Devisen und Gold. Am Schluss der ersten Juniwoche hatte die Reichsbank über 160 Millionen Mark von ihren Gold- und Devisenbeständen verloren.

Der Frage einer Diskonterhöhung, um den Abzug fremden Geldes aus Deutschland zu bremsen, ist die Reichsbank aus ganz natürlichen Gründen damals nicht näher getreten. Der damalige Abzug fremden Geldes aus Deutschland beruhte ja nicht auf Rentabilitätsgründen. Immer noch ist Deutschland das Land, das weit höhere Zinsen zahlt als das Ausland und der ausländische Kapitalist verdient mehr, wenn er sein Geld nach Deutschland verleiht, als wenn er es den heimischen Banken anvertraut. Eine Erhöhung des deutschen Zinssatzes, des Reichsbankdiskonts, hätte die ausländischen Geldgeber nicht umstimmen können, hätte sie nicht bewegen können, ihr Geld in Deutschland zu lassen. Denn sie handelten eben aus der Angst heraus, ihr Geld nicht zu verlieren, durch irgendwelche Ereignisse in Deutschland nicht in ihrem Vermögen geschädigt zu werden. Durch einen höheren Zinssatz kann man wohl in normalen Zeiten einen Anreiz schaffen, Geld nach Deutschland zu verleihen, aber man kann die Angst des ausländischen Kapitalisten um sein Geld nicht beseitigen. Darum hatte die Diskonterhöhung gar keinen Sinn.

Gegen Ende der verflossenen Woche hat sich die Situation grundsätzlich geändert. Einmal ist die Angst des Auslandes durch die politische Entwicklung in den letzten Tagen gesteigert worden. Und man muss leider feststellen, dass die Steigerung der Nervosität bewusst durch die Schwerindustrie geschah. Es kam der Vorstoss gegen die Regierung Brüning. Wenn auch die schwerindustriellen Forderungen sich vorsichtig hinter einer sogenannten Umbildung des Kabinetts verbargen, so hat doch das Ausland gemerkt, dass es sich hier um eine Aktion handelt, hinter der die schwerindustrielle Diktatur nach dem Plan des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht steht. Diese Diktatur bedeutet aber nicht nur eine ungeheure Subventionierung der Gross- und Schwerindustrie auf Kosten der Reichskassen und der deutschen Wirtschaft, sondern sie stellt auch einen Unsicherheitsfaktor dar, der die deutsche Kreditwirtschaft brach legen muss. Mit dieser Diktatur ist der Name des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht verknüpft. Es ist derselbe Herr Schacht, der vor einigen Wochen vor dänischen und schwedischen Zeitungsleuten erklärte, sofort die deutschen Zahlungen einstellen zu wollen, wenn er Diktator Deutschlands werde. Solche unbedachten Worte national verwahrloster Menschen kann man schliesslich dementieren, aber man kann ihnen

ihre Wirkung nicht nehmen. Der gegenwärtige Abzug fremden Kapitals aus Deutschland zeigt das. Derselbe Mann, eben Dr. Schacht, hat dann vor Tagen im schwerindustriellen Industrieklub erklärt, dass nicht jeder Kredit, der in Deutschland gekündigt wird, zur Auszahlung gelangen würde. Das ist geradezu der Dolchstoss gegen den deutschen Kredit. Und dieser Dolchstoss hat gesessen. Die Massnahmen der Reichsbank beweisen das. Kann man einem ausländischen Kapitalisten noch zumuten, sein Geld in einem Land zu belassen, wo frühere Reichsbankpräsidenten herumlaufen, die so etwas sagen dürfen, und die zum Dank dafür von einem, wenn auch kleinen, aber umso einflussreicheren Kreis für eine Diktaturregierung in Bereitschaft gehalten werden?

Seit etwa Donnerstag und Freitag verflossener Woche wurde weniger ausländisches Kapital abgezogen. Stattdessen aber beteiligte sich das Inland stärker an der Flucht aus der Mark. Wir stecken wieder in einer Situation, wie nach den Hitlerwahlen im September 1930, wo deutsches Kapital nach Milliarden in die Schweiz und anderswohin geflüchtet wurde. Dieses Einsetzen der inländischen Kapitaflucht kommt nicht von ungefähr. Es ist eine Episode im Kampf der Schwerindustrie gegen die Regierung Brüning. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, dass gewisse Kreise an diese Kapitalflucht den Wunsch knüpfen, den Kanzler so auf die Kniee zu zwingen. Durch den Sturm auf den Devisenmärkten soll der Weg für die Diktatur Schachts und Thyssens frei gemacht werden.

SPD. In einem Schreiben an den Reichskanzler, in dem auch die Forderung nach Einführung der Vierzigstundenwoche wiederholt wird, beschäftigt sich der Baugewerksbund mit der durch die Notverordnung geschaffenen Lage und führt u.a. folgendes aus:

"Die Bauarbeiterschaft ist schon seit Jahren unter Berufung auf den Saisoncharakter ein beliebtes Objekt für die Reformen der Arbeitslosenversicherung. Für sie sind schon bisher eine ganze Anzahl von Ausnahmebestimmungen in Kraft und da die neue Notverordnung eine ganze Reihe einschneidender allgemeiner Verschlechterungen der Unterstützung bringt, konnte die Bauarbeiterschaft wohl erwarten, nicht nochmal weiteren besonderen Verschlechterungen der Unterstützung unterworfen zu werden. Sie konnte das umso mehr erwarten, als die der Reichsregierung wohl bekannte ungeheure Arbeitslosigkeit im Baugewerbe mit irgendwelcher Berufsüblichkeit nichts mehr zu tun hat. Zugleich sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Begründung der Unterstützungsverschlechterungen für die Bauarbeiter mit dem Saisonzuschlag, der angeblich in ausreichendem Masse in den Bauarbeiterlöhnen enthalten sei, durch den Lohnabbai im Baugewerbe ihre von uns schon immer bestrittene Berechtigung vollends verloren hat. Sind doch die Stundenlöhne im Baugewerbe durch Lohnsenkungen und Umgruppierungen der Lohnklassen im allgemeinen um 12 bis 15 Pfennig und in Einzelfällen sogar bis zu 35 Pfennigen gesenkt worden. - Nun ist es schon nach den bisher geltenden Bestimmungen des AVAVG. für jeden Bauarbeiter ein Glücksfall, in den Genuss der ordentlichen Unterstützung zu kommen. Es ist deshalb vollständig ungerechtfertigt, für diejenigen Saisonarbeiter, die die schweren Bedingungen für den Unterstützungsbezug erfüllen, noch eine über die allgemeinen Verschlechterungen hinausgehende besondere Kürzung der Unterstützungsdauer und eine grundsätzliche Senkung des Unterstützungsbetrages auf die Sätze der Krisenunterstützung anzuordnen. Diese Bestimmungen bedeuten, dass die Bauarbeiter während ihrer Beschäftigung wohl die ordentlichen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu entrichten haben, dass sie aber andererseits praktisch aus der Arbeitslosenunterstützung fast vollständig ausgeschaltet sind und grundsätzlich nur als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger behandelt werden.

Die Bauarbeiterschaft muss diese Verdrängung aus dem öffentlichen Unterstützungswesen umso drückender empfinden, als sie gleichzeitig zu Sonderleistungen für die Allgemeinheit herangezogen wird. Wirkt sich nämlich die Nieder-

schlagung der Lohnsteuererstattungen schon als allgemeine Strafsteuer auf Arbeitslosigkeit aus, so gewinnt sie bei der derzeitigen katastrophalen Lage des baugewerblichen Arbeitsmarktes geradezu den Charakter einer Sonder-Strafsteuer für die Zugehörigkeit zu baugewerblichen Berufen. Dieser Sachverhalt wird noch dadurch verschärft, dass für die neue Krisensteuer eine Erstattungsmöglichkeit gleichfalls ausgeschlossen ist.

Das gesamte Gesetzes- und Verordnungswerk der Regierung läuft auf die systematische Schaffung eines Sonderrechtes für die Bauarbeiter hinaus.

Zu dieser Politik können wir kein Wort der Entschuldigung finden. Eine stark zunehmende Radikalisierung muss die unvermeidliche Folge sein."

SPD. Der Abschluss der Charlottenhütte-Düsseldorf zeigt, dass die Schwerindustrie es verstanden hat, in der Krisenzeit ihre Gewinne zu behaupten. Sie weist für das Zwischengeschäftsjahr Juli bis Dezember 1930 = 1,5 Millionen Mark Reingewinn aus gegenüber 1,86 Millionen Mark für das ganze Jahr 1929. Die Dividende wird von 14 auf 7 Prozent heruntergesetzt.

Die Charlottenhütte ist der Stammsitz des Grossindustriellen Friedrich Flick, eines der führenden Männer des Ruhrtrusts. Sie hat es verstanden, auf die bayerische (Maxhütte) und die mitteldeutsche Eisenindustrie starken Einfluss zu gewinnen. Dabei hat die Charlottenhütte ein gutes Extrageschäft gemacht. Durch Aktienumtausch sind ihr ziemlich hohe Gewinne zugeflossen, sodass sie ihrer gesetzlichen Reserve nicht weniger als 12,5 Millionen Mark zuführen konnte. Damit sind die Reserven bei der Charlottenhütte auf den Stand des Aktienkapitals angewachsen.

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt gibt eine Uebersicht über die Preisbewegung während des Monats Mai, aus der hervorgeht, dass die Brotpreise sich weiter gesteigert haben.

Von insgesamt 135 Berichtsgemeinden wurde der Halbjahrsdurchschnittsbrotpreis für die Zeit von Oktober 1930 bis März 1931 bis Ende Mai in 98 Orten (das sind 72,6 Prozent) überschritten. In Frage kommen alle Grosstädte mit Ausnahme von Kiel. In weiteren 11 Orten entspricht der Preis dem Durchschnitt des Halbjahres Oktober 1930 bis März 1931 und nur in 26 Orten wird dieser unterschritten. Die gesetzliche Bestimmung, wonach der Brotpreis gesenkt werden muss, wenn er den Halbjahrestand Oktober 1930 - März 1931 überschreitet, ist ohne Zweifel erfüllt.

Die Prozentsätze, mit denen der Halbjahresdurchschnitt überschritten wird, schwanken recht erheblich von Ort zu Ort. Der Steigerungssatz schwankt in den Grosstädten zwischen 1,0 und 10,5 %, liegt aber in der Hauptsache zwischen etwa 4 und 8 %. In den meisten Provinzen ergeben sich für die einzelnen Orte ganz ähnliche Schwankungen und auch ähnliche mittlere Sätze. Brandenburg, Sachsen und Ostpreussen erreichen mit 13,3, 16,7 und 24,1 % die höchsten Prozentsätze, in Sachsen und Brandenburg sind diese Sätze jedoch Ausnahmen. In der Rheinprovinz bleiben die Steigerungen unter 6,7 %, in Berlin beträgt die Erhöhung 6 %. Im Durchschnitt von sämtlichen 135 Berichtsgemeinden beträgt die Steigerung des Brotpreises Ende Mai gegenüber dem erwähnten Halbjahrsdurchschnitt 3,6 %, im Durchschnitt der 22 Grosstädte 4,8 %. Im Osten des Staates befinden sich verhältnismässig weniger Orte, in denen der Halbjahresdurchschnitt Oktober/März überschritten wird; doch ist dort - hauptsächlich in Ostpreussen - die Preiserhöhung prozentual stärker.

Der spärliche Roggen.

(Berliner Getreidebörse vom 13. Juni)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt die feste Stimmung am Sonnaben weiter an. Insbesondere war prompter Roggen nur spärlich angeboten. Da bei den Mühlen, besonders in Mitteldeutschland gute Nachfrage bestand, konnte prompte Ware ihren Preisstand um etwa 1 bis 2 Mark befestigen. Roggen aus neuer Ernte wurde von der Bewegung mitgezogen, sodass auch am Markte der Zeitgeschäfte die Roggennotizen um etwa 1½ bis 2 Mark anzogen. Auf den Weizenmarkt hatte das bessere Mehlgeschäft Einfluss, sodass alte wie auch neue Ware sich im Preise gleichfalls um 1 bis 2 Mark befestigen konnte. Dabei blieb aber die Umsatztätigkeit in beiden Brotgetreidearten verhältnismässig gering. Am Mehlmarkt blieben die Preise unverändert. Nach Weizenmehl bestand bessere Nachfrage, während Roggenmehl ruhigeres Konsumgeschäft hatte. Die Forderungen der Mühlen lauteten einstweilen noch unverändert. Hafer hatte unveränderte Tendenz. Die Umsatztätigkeit blieb im allgemeinen ruhig.

	12. Juni	13. Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	270 - 272	272 - 274
Roggen	195 - 197	198 - 200
Futter- und Industriegerste	204 - 220	200 - 216
Hafer	180 - 183	180 - 183
Weizenmehl	32,50 - 37,75	32,50 - 37,75
Weizenkleie	14,10 - 14,40	14,10 - 14,40
Roggenmehl	26,30 - 28,10	26,50 - 28,10
Roggenkleie	13,00 - 13,40	13,00 - 13,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 281½-280¾ (Vortag 279½), September 241-240½ Brief (240), Oktober 241 plus Brief (240¼). Roggen Juli 198¾ (197), September 190 (188¾), Oktober 191 (189¼). Hafer Juli 189 - 188¾ (187), September 163 (163½), Oktober 162½.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(13. Juni.)

SPD. Berliner Grosshandelsnotierungen für Speisekartoffeln am 12. Juni. Gelbfleischige Speisekartoffeln 4,65 bis 5, weisse Speisekartoffeln 2,30 bis 2,55, rote Speisekartoffeln 2,75 bis 3,20 und blaue Speisekartoffeln 3,25 bis 3,50 Mark für je 50 kg. Die Preise gelten für in Berlin bahnstehende Ware bei Abschlüssen von mindestens einer Waggonladung.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 13. Juni. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 121, II. Qualität 111, abfallende Sorten 95 Mark je 50 kg.

Preußischer Landtag

244:Sitzung

SPD. Berlin, den 13.Juni 1931

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sonnabend=Sitzung des Preussischen Landtages gibt Abg. Kirchmann (Soz.) eine Erklärung ab,in der die Behauptung aufrecht erhalten wird,dass die Kommunisten durch ihr Gesuch um Freilassung von Claus Heim dem preussischen Justizminister ihr Vertrauen bekundet hätten (Lachen b.d.Komm.). Für die Freilassung Heims hätten sich bezeichnenderweise auch der Hannoversche Landbund und Rechtsparteiler eingesetzt.

Das Haus tritt dann in die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsvertrag mit den evangelischen Landeskirchen ein.

Abg. Dr.Hess(Ztr.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion mit dem Hinweis darauf, dass nach dem katholischen Konkordat nunmehr dieser Staatsvertrag die staatsrechtliche Gleichstellung der evangelischen Landeskirchen bringe.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) erklärt Dr. Hess hätte auch sagen können, dass nach der katholischen Kirche nunmehr auch die evangelische durch den Staat ein Millionen=Geschenk erhalte. Als der Redner im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den sozialen Teil des letzten Rundschreibens des Papstes mit den Ausdrücken "Dummheit, Frevel und Heuchelei" belegt, wird er vom Präsidenten gerügt. Im Zentrum macht sich starke Erregung bemerkbar.Mehrere Kommunisten dringen gegen die Bänke des Zentrums vor, Zentrumsabgeordnete kommen ihnen entgegen, es drohen Tätlichkeiten. Dem Präsidenten gelingt es unter Androhung schärfster Ordnungsmassnahmen,die Ruhe wieder herzustellen.

Abg. Rickers (Soz.) erklärt für die Sozialdemokraten,dass sie sich bei Abstimmung über den Kirchenvertrag der Stimme enthalten würden,weil sie nicht nur Bedenken gegen den Inhalt des Vertrages hätten,sondern auch befürchteten, dass den Weltanschauungs=Gemeinschaften, insbesondere den Freidenkern,nicht entsprechende Rechte vom Staate eingeräumt werden würden.

Abg. Graf v. Posadowsky-Wehner (Volksrechtp.) gibt in seinem eigenen sowi im Namen der deutsch=volksparteilichen Abgg. Hallensleben, Dr. Kriege, Dr. Boehm, Eichoff und Buchhorn und im Namen der Deutsch=Hannoveraner Frhr.v.Wangenheim und Biester die Erklärung ab,dass diese Abgeordneten gegen den Staatsvertrag stimmen würden,weil sie schwerwiegende Bedenken gegen die sogen.politische Klausel hätten. Persönlich bemerkt der Redner noch gegenüber den Angriffen des Abg.Schulz, dass die Kommunisten in diesem Kampfe gegen die christliche Kirche auf Granit beissen würden (Gelächter und Lärm b.d.Komm.)

Als hierauf der Führer der Nationalsozialistischen Gruppe im Landtag, Abg. Kube das Wort nimmt, wird er besonders von der äussersten Linken mit stürmischen Zurufen empfangen,da seit der Abstinenz der N.S.D.A.P. im Reichstag auch die Nationalsozialisten im Landtag sich absolut passiv verhalten haben.

Abg. Kube (Nat.Soz.) führt aus,dass seine Freunde den Staatsvertrag ablehnen würden,weil sie kein Vertrauen zu seiner Durchführung durch die gegenwärtige Regierung hätten und weil sie es für unter der Würde der Kirche liegend hielten,dass die evangelische Kirche sich unter die Kontrolle von marxistische Machthabern begebe. Die Rechte der Kirche könnten erst in einem nationalsozialistischen Deutschland wirklich gewahrt werden. (Beifall b.d.Nat.Soz.-Lärm und Lachen links).

Abg. Justi (Landvolk) erkennt an,dass der Vertrag der Kirche im allgemeinen die Freiheit gebe, sich ungestört zu entfalten. Die politische Klausel widerspreche aber dem wahren Wortlaut der Weimarer Verfassung. Die Landvolk=Partei habe sich nach Kräften,aber leider ohne Erfolg bemüht, hier eine Besserung herbeizuführen. Sie erkenne aber die übrigen Verbesserungen,die der Vertrag bringe, an und stimme ihm deshalb zu.

Abg. Dr. Hess (Ztr.) wendet sich gegen die Beleidigungen des Oberhaupts der katholischen Kirche durch den Abg. Schulz=Neukölln. Der Kommunistische Redner habe zu dieser bewussten Häufung von Roheiten nur gegriffen, weil er sonst überhaupt kein Gehör im Hause finden konnte. Wer sich im Preussischen Landtag unanständig benehmen wolle, der habe allerdings dafür einen gewissen Spielraum.

Abg. Koch-Oeynhausen (Dnat.) : Die deutschnationale Fraktion weist die Anwürfe des kommunistischen Redners gegen die christliche Kirche mit aller Entschiedenheit zurück. Diese Anwürfe reichten an die christliche Kirche nicht heran.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) richtet weitere scharfe Angriffe gegen die Kirchen und das Zentrum. Die Abgeordneten der Rechten und des Zentrums verlassen den Saal. Die Ausführungen des Redners gehen in stürmischen Schlussrufen aus dem Hause unter.

Damit ist die Aussprache beendet.- Zur dritten Lesung des Pfarrbesoldungsgesetzes wird das Wort nicht verlangt.- Das Haus nimmt hierauf die Abstimmungen vor. Zunächst wird über den kommunistischen Misstrauensantrag gegen die Staatsregierung der mit der Mitwirkung der preussischen Regierung an dem Zustandekommen der Notverordnung begründet ist, abgestimmt. In namentlicher Abstimmung wird der kommunistische Misstrauensantrag mit 220 gegen 167 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den kommunistischen Antrag, der das Staatsministerium ersucht, die Aufhebung der Notverordnung zu verlangen. Auch dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt und zwar mit 206 gegen 151 Stimmen bei zwei Enthaltungen.- Abg. Leinert (Soz.) erklärte vor der Abstimmun dass die Sozialdemokraten keine Veranlassung sähen, in einem Zeitpunkt, in dem die Notverordnung Gegenstand der Verhandlungen der Reichstagsfraktionen sei, den kommunistischen Antrag anzunehmen. Seine Partei werde daher gegen den Antrag stimmen und überlasse die Entscheidung über die Notverordnung ihrer Reichstagsfraktion.

Es folgte die Abstimmung über den Kirchenvertrag.- Die namentliche Schlus abstimmung ergibt 202 Stimmen für den Vertrag, 54 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und einzelner Abgeordneter aus anderen Parteien dagegen bei 105 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten. Der Kirchenvertrag ist damit endgültig vom Landtag angenommen.

Auch das Pfarrbesoldungsgesetz wird in namentlicher Schlussabstimmung mit 273 gegen 44 Stimmen endgültig verabschiedet.-Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Sobottka (Komm.), den Antrag seiner Freunde, der die Regierung ersucht, den Verkauf der Gleiwitzer Hütte und der Hütte Malapane in Oberschlesien an die Ober=Hütten A.G. zu verhindern, weil andernfalls eine Stilllegung der Hütten und Entlassung der Arbeiter zu befürchten sei, sowie der Uebergang der gesamten oberschlesischen Eisenindustrie an Borsing, sofort zur Entscheidung zu stellen. Die sofortige Erledigung scheitert am Widerspruch aus dem Hause.

Es folgt die Beratung der sozialdemokratischen Grossen Anfrage wegen der Verwendung von landwirtschaftlichen Genossenschaftsmitteln für parteipolitische Zwecke des Verlages "Pommersche Reichspost" in Stettin.

Es folgt eine Grosse Anfrage der Sozialdemokratischen Partei über die Unterstützung der deutschnationalen "Pommerschen Tagespost" aus staatlichen und genossenschaftlichen Mitteln.

Die Anfrage wird vom Staatsministerium dahin beantwortet, dass das Stammkapital der "Pommerschen Tagespost" eine Million Mark betrage. Daran seien genossenschaftliche Zentral= und Provinzialinstitute mit mehr als 400 ooo Mark 23 führende Persönlichkeiten des pommerschen Genossenschaftswesens mit zusammen über 100 ooo Mark beteiligt. Wieweit es sich um eigene Gelder dieser Genossenschaftsführer oder um Kredite handele, die ihnen die Genossenschaft zur

Verfügung gestellt habe, sei der Regierung nicht bekannt. Jedenfalls seien rund 53 % der Pommerschen Tagespost im Besitz genossenschaftlicher Kreise. Nach Auffassung der Staatsregierung könne es nicht Aufgabe der Genossenschaften sein sich in dieser Art an parteipolitische Unternehmungen wie der Herausgabe der "Pommerschen Tagespost" zu beteiligen. Auf das Reich werde eingewirkt werden,dass auch die Spiritus=Monopol=Verwaltung ihre Beteiligung an der pommerschen Tagespost aufgebe.

Abg. Hartwig (Soz.):

Wir haben uns hier wieder mit einem der vielen Skandale zu beschäftigen, bei denen öffentliche Gelder der Republik für deutschnationale Parteizwecke vergeudet worden sind. Die Korruptionsskandale dieser Art häufen sich immer mehr. Bei der Raiffeisenbank allein haben führende deutschnationale Politiker 80 Millionen Staatsgeld verpulvert. Erst am Freitag hat ein Untersuchungsausschuss dieses Landtages bei den Landbund Genossenschaften festgestellt, dass sie bei 1 Million Kapital 7 Millionen Mark Verlust gemacht haben,hauptsächlich durch die sogenannten Propagandabeiträge, und auch für diese Verluste hat der Staat einspringen müssen. In dem vorliegenden Falle handelt es sich darum,dass mit Genossenschaftsgeldern,die von der Preussenkasse,also vom Staat gekommen sind,ein rechtsradikales Zeitungsunternehmen in grossem Masstab subventioniert worden ist. Der Skandal ist dadurch aufgekommen,dass am 28.Mai vor dem Arbeitsgericht in Stettin ein Prozess stattgefunden hat,der einen Blick hinter die Kulissen der deutschnationalen Geschäftspolitik gestattete. Der Betriebsrat der Verlagsgesellschaft Pommersche Reichspost klagte auf Gewährung einer Vertretung im Aufsichtsrat des Unternehmens. Die Klage wurde abgewiesen,weil es sich um einen Betrieb handele, der gemäss § 73 des Betriebsrätegesetzes als reiner Tendenzbetrieb anzusehen sei: nicht die Verlagsgesellschaft Pommersche Reichspost und ihr geschäftlicher Zweck sei das Wesen des Betriebs, sondern die Herausgabe der "Pommerschen Tagespost",eines rechtsradikalen Organs. Damit ist der Charakter dieses Unternehmens eindeutig festgestellt. In dieses Unternehmen haben nun die Genossenschaften dauernd ihr Geld gesteckt und die Verluste gedeckt. Jahr für Jahr hat das Defizit der "Pommerschen Tagespost" 150 ooo bis 200 ooo Mark betragen, und die aus den öffentlichen Kassen unterhaltenen Genossenschaften haben es gedeckt. Vorsitzender des Aufsichtsrats des Unternehmens ist der deutschnationale Landtagsabgeordnete von Rohr-Demmin. Er ist also der Hauptschuldige an der Verschleuderung öffentlicher Gelder für deutschnationale Parteizwecke, (Hört! Hört! und Bewegung) Selbst die Molkereigenossenschaften,gegründet zur Herstellung und zum Vertrieb des Stolper Käses, hat man mit ihren Geldern für diesen politischen Tendenzbetrieb herangezogen,und die Viehverwertungsverbände haben ebenfalls fleissig beigesteuert.Das Geld,das der preussische Staat für die Rationalisierung der Landwirtschaft aufgebracht hat,ist schliesslich in den Kassen der "Pommerschen Tagespost" gelandet,die ein Jahrzehnt lang deutschnationales Parteipropagandablatt war und jetzt nationalsozialistisch gefärbt ist.(Hört,hört! und Bewegung) Augenblicklich wird wieder an einer neuen Sanierung der "Pommerschen Tagespost" gearbeitet: aus der Osthilfe auf dem Weg über die Landstelle soll durch einen Mietvertrag mit Phantasiemieten dem rechtsradikalen Parteiblatt wieder aufgeholfen werden. Es ist höchste Zeit,dass der Staat energisch mit dieser deutschnationalen Korruption und Ausplünderung öffentlicher Kassen aufräumt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Ranow (Dtn.): Das Verlagsunternehmen der Pommerschen Reichspost druckt alle Genossenschaftsformulare.Deshalb haben die pommerschen landwirtschaftlichen Genossenschaften sich an der Druckerei beteiligt. Diese Druckerei ist auch der Verleger der "Pommerschen Tagespost", aber damit haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften nichts zu tun. (Lachen bei den Soz. Zurufe:

Aber die öffentlichen Gelder habt Ihr in die "Pommersche Tagespost" hineingesteckt, und sie sind weg!) Die "Pommersche Tagespost" ist ein nationalsozialistisches Blatt, und man tut unrecht, uns dafür verantwortlich zu machen. (Lachen links).

Die Grosse Anfrage wird dem Landwirtschaftsausschuss überwiesen.- Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag,den 7.Juli: zweite Lesung der Siedlungsgesetze.

Landtags = Stimmungsbild.

SPD. Berlin,den 13.Juni (Eig.Ber.)
Der Preussische Landtag hat am Sonnabend programmgemäss seine Arbeiten beendet und sich bis zum Juli vertagt.

Vor der Vertagung wurde zunächst ein Misstrauensantrag der Kommunisten gegen die Preussische Staatsregierung mit 220 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten hatten ferner beantragt, die Preussische Staatsregierung aufzufordern, im Reichsrat die Aufhebung der neuen Notverordnung der Reichsregierung zu beantragen. Abg. Leinert (Soz.) machte die Kommunisten schonend darauf aufmerksam,dass nach der Reichsverfassung nur der Reichstag,nicht aber der Reichsrat das Recht habe, Notverordnungen aufzuheben. Also sei ihr Antrag verfassungswidrig und sinnlos. Aber die Kommunisten stehen eben auf dem Standpunkt, dass sie auch Blödsinn beantragen dürfen. Wer nimmt es ihnen schon übel? Ihr Antrag wurde mit 206 gegen 151 Stimmen abgelehnt.

Anschliessend kam der Staatsvertrag mit der Evangelischen Kirche zur Verabschiedung. Hierbei gab es zwei Zwischenfälle. Der Kommunist Schulz-Neukölln, der grösste Flegel des Preussischen Landtages, erging sich in so wüsten Beschimpfungen gegen Kirche und Staat,dass ihn der Präsident zur Ordnung rufen musste und die bürgerlichen Parteien dagegen protestierten,dass derartige Gemeinheiten von deutschem Parlamentstribünen gesagt werden können. Dann ergriff zu allgemeiner Ueberraschung der Nationalsozialist Kube das Wort.Ueberrascht war der Landtag insofern,als die Nationalsozialisten sich seit dem 1.Januar an der Parlamentsarbeit nicht mehr beteiligt haben. Sie "begnügten" sich damit Diäten in Empfang zu nehmen und sie im Restaurant umzusetzen. Auch Kube schimpfte, aber zur Abwechslung auf die Evangelische Kirche,die charakterlos genug wäre, aus den Händen der "marxistischen" preussischen Regierung den Kirchenvertrag entgegenzunehmen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich bei der Schlussabstimmung über den evangelischen Kirchenvertrag der Stimme enthalten.Dagegen zu stimmen kam für sie nicht in Frage,weil sie s.Zt. aus zwingenden politischen Gründen für den katholischen Kirchenvertrag gestimmt hat und der katholischen Kirche ebenso neutral gegenüber steht wie der evangelischen und jeder anderen Weltanschauungsgruppe.Aber diese Neutralität,die nach der Verfassung auch der Staat an den Tag legen sollte,hat er gegenüber den Freidenkerverbänden bisher nicht gewahrt. Unter diesen Umständen lehnte es die Sozialdemokratie ab, ihrerseits den Bruch des Versprechens, den man s.Zt. beim katholischen Vertrag den Freidenkern gegeben hat,durch Zustimmung zu dem neuen Kirchenvertrag zu sanktionieren. So wurde unter Stimmenthaltung der Sozialdemokratie das sogenannte evangelische Konkordat mit 202 Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen 54 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und einzelner bürgerlicher Eingänger angenommen.

Die Junitagung des Landtages endet mit der Erörterung eines neuen deutsch nationalen Korruptionsskandals. Abg. Hartwig (Soz.) enthüllte, und das Staatsministerium bestätigte, dass die "Pommersche Tagespost", das Organ des Junker von Rohr-Demmin seit vielen Jahren mit hunderttausenden öffentlicher Gelder subventioniert worden ist. Die Verantwortung dafür tragen die pommerschen landwirtschaftlichen Genossenschaften in ihrer Gesamtheit, die immer wieder ihnen anvertrautes Staatsgeld in das rechtsradikale Zeitungsunternehmen geschoben haben.